

Offensiv, präsent, gegen Gepflogenheiten

Am Samstag feiert die SP Appenzell Innerrhoden ihr 10-Jahr-Jubiläum. Was die kleine Partei bewirkt hat und was sie als nächstes plant.

Selina Schmid

2012 färbte sich mit der Gründung der SP Appenzell Innerrhoden der letzte Fleck auf der Schweizer Karte rot. Allen voran schritt Martin Pfister, der kurz davor als Präsident der anderen linken Kraft im Kanton, der Gruppe für Innerrhoden (GFI), zurückgetreten war. Er sagte damals: «Ich sehe in der grösseren politischen Vielfalt einen Vorteil.» Heute sagt Pfister: «Auf die SP hat niemand gewartet. Es wurden politische Mauern aufgebaut.»

Parteien haben es in Appenzell Innerrhoden schwer. Historisch haben die Verbände für Gewerbe, Bauern und Arbeitnehmer deutlich mehr Gewicht. So wurde die Mitte, die älteste und mit Abstand stärkste Partei, erst 1988 gegründet, nachdem Arnold Koller in den Bundesrat gewählt wurde. Und selbst sie kämpft mit sinkenden Mitgliederzahlen und hat Mühe, den Vorstand zu besetzen.

War Pfister zu links?

Die SP hat heute 16 Mitglieder, gestartet war sie mit zehn. Zu Beginn machte die linke Partei vor allem mit nationalen Fragen auf sich aufmerksam, da sie auf



Daniela Mittelholzer und Martin Pfister überreichen 2018 die Initiative «Versorgungsregion Säntis» an Ratsschreiber Markus Dörig.

Archivbild: Martin Schneider

über die Kompetenzen des Vorstands zu lesen. Josef Manser,

2011 war Pfister ins Rennen um den Nationalratsstiz gestartet,

kehrs- und Parkplatzsituation im Dorf Appenzell. Das Anliegen

zweifle ich.» Gerade im Thema bezahlbarer Wohnraum habe

offene Debatten auf allen Ebenen an.» Gerade wenn man den Stadt-Land-Graben überbrücken wolle, brauche es auch in Innerrhoden eine SP. Mitte-Präsident Stefan Ledergerber findet: «Gerade für eine kleine Partei ist es nicht so einfach, sich Gehör zu verschaffen. Ich kann darum gut damit leben, wenn auch einmal gegen die Gepflogenheiten verstossen wird.»

«SP Innerrhoden ist eine One-Man-Show»

Ledergerber sagt, dass die SP im Wesentlichen aus Martin Pfister bestehe. «Sie versuchen, sich personell breiter aufzustellen, aber die Partei nehme ich eher als eine One-Man-Show wahr.» Auch Josef Manser sagt, dass die SP Innerrhoden stark vom Präsidenten geprägt sei. «Sie besteht vor allem aus Nichteinheimischen und ist daher wenig verankert.» Zu Beginn sei das sicher so gewesen, sagt SP-Präsident Martin Pfister, ein gebürtiger Zürcher. Doch es kam aus der dünnen Personaldeckung heraus. «Wenn es niemand sonst machen kann, dann mache ich es.» Die Entscheidungen werden aber in der gesamten Parteileitung gefällt, sie trifft sich etwa einmal im Monat, so Pfister. Für die nächsten

die Vorarbeit der Mutterpartei zurückgreifen konnte. Die kantonalen Themen mussten sich die fünf Mitglieder der Parteileitung erst erarbeiten. Pfister sagte damals: «Als SP haben wir ein Selbstverständnis, das vorher nicht da war. Nun hat unsere Politik einen grösseren Widerhall und eine nationale Vernetzung.» Auch heute sieht Pfister in dieser Vernetzung einen Vorteil. Martin Ebnetter, Präsident der SVP Innerrhoden, hat von anderen Trennungsgründen gehört. «Mir wurde zugetragen, dass Pfister der GFI zu links war.» Tatsächlich ist in Zeitungsberichten von 2012 von Meinungsverschiedenheiten

Präsident der GFI sagt heute, dass die Gründung der SP seiner Partei letztlich eher geholfen als geschadet habe. «Die SP hat gezeigt, dass die GFI eigentlich gar nicht so radikal und extrem ist, wie man sie stets darzustellen versuchte.» Nur vereinzelt Mitglieder hätten von der GFI zur SP gewechselt, wie Manser und Pfister bestätigen.

Aktionen auf der Strasse, auffällige Abstimmungskampagnen oder Podiumsdiskussionen: Die SP macht offensiv Politik. Zweimal kandidiert Martin Pfister mit der SP für den Nationalrat, einmal greift er einen bisherigen Nationalrat an. In Innerrhoden ein Tabubruch. Schon

allerdings für die GFI. Immer blieb er den Gegnern unterlegen.

Zweimal startet die Oppositionspartei SP Initiativen: 2015 für zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum im Kanton, 2018 zur verbesserten Koordination zwischen den Kantonen St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden im Gesundheitsbereich. Beide scheiterten an der Landsgemeinde. Die grossen Erfolge, mit welchen sich die SP hätte profilieren können, blieben aus.

Vielleicht war die SP einfach zu früh mit ihren Anliegen. Bereits 2015 forderten die Linken ein Gesamtkonzept für die Ver-

nahm erst im Jahr 2021 richtig Fahrt auf. Pfister sagt: «Wir waren wohl der Zeit voraus und haben Ideen eingebracht, die später aufgenommen wurden.» Etwa wurden einige Vorschläge aus den beiden SP-Initiativen aufgenommen, so Pfister.

Politik stösst auf Unverständnis

Stefan Ledergerber, Co-Präsident der Mitte AI, sieht ein anderes Problem. «Wir haben in Innerrhoden praktisch idyllische Verhältnisse, den Menschen geht es grösstenteils gut. Ob da die ausgeprägte Sozialpolitik der SP gleich wie in städtischen Kantonen zieht, be-

die SP jedoch früh gute, wenn auch zu extreme Ideen gehabt.

Dazu scheint die SP nicht den Stil der Innerrhoderinnen und Innerrhoder zu treffen. Mit ihren Aktionen verstossen sie gegen kantonale Gepflogenheiten. Josef Manser nennt da die Pussy-Riot-Aktion kurz nach der Gründung der SP als ein Beispiel. Er sagt: «Die Art zu politisieren, stösst auf Unverständnis und wirkt bei den meisten kontraproduktiv.» Martin Pfister sagt hingegen, dass die SP nicht im Stillen dagegen sein will. «Es gibt Parteien, die sind nur während der Wahlen präsent. Wir äussern uns dagegen immer wieder öffentlich und streben

Grossratswahlen wolle man sich personell breiter aufstellen. Auch eine erneute Nationalratskandidatur schliesst Pfister nicht aus. «Zwar werden wir den Sitz in der aktuellen Innerrhoder Konstellation nicht gewinnen. Für uns geht es eher um mehr Wählerstimmen und das Einbringen unserer sozialdemokratischen Werte.»

Am Samstag feiert die SP Appenzell Innerrhoden ihr 10-jähriges Bestehen im Gymnasium St. Antonius in Appenzell. Die SP wird dann ihr nächstes Projekt vorstellen. Mit einer Resolution fordern sie eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung.

Abg. Zeitung, Sa, 5. November 2022, S. 39

Gesundheitszentrum Appenzell will sich für Zukunft rüsten

An der Mitte-Hauptversammlung stellten Monika Rüegg Bless und Markus Bittmann, CEO des Gesundheitszentrums, das GZAI vor.

Selina Schmid

«Auf den Gesundheitsbereich kommt eine riesige Umstrukturierung zu.» Das sagte Markus Bittmann, der CEO des kantonalen Gesundheitszentrums Appenzell (GZAI), am Donnerstagabend im Alterszentrum Alpsteeblick. Anlässlich der Hauptversammlung der Mitte Appenzell Innerrhoden hatte er mit Frau Statthalter Monika Rüegg Bless den versammelten Mitgliedern das GZAI vorgestellt. Beide haben die kommenden Herausforderungen erläutert.

Denn in der Gesundheitsversorgung Innerrhodens hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Das Spital machte zu-

immer kommen Leute mit kaputten Fingern hierher, aber wir können sie nicht mehr verarzten.» Das GZAI biete dafür Pflege im Alter, ambulante Versorgung und die Kurz- und Übergangspflege (KÜP). Rüegg Bless sagt, dass die KÜP gefragt sei, im Sommer habe man von sechs auf neun Betten aufgestockt.

Wenn man die demografischen Prognosen betrachte, käme einiges auf den Gesundheitssektor zu. Rüegg Bless rechnet vor, dass die Bevölkerung des Kantons von heute 16000 auf 20000 im Jahr 2050 anwachsen könnte. Besonders die Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen, aber auch jene der Senioren werde



medizinische Grundversorgung sicherstellen.

Ambulante Stationen rentieren nicht

Das GZAI stehe im Moment gut da, führt Markus Bittmann aus. Es habe als Arbeitgeber einen guten Ruf, die Lehrstellen können besetzt werden, vom Fachkräftemangel spürt das GZAI noch nichts. «Trotzdem müssen wir uns darauf vorbereiten.» Politischer Nonsense sei dagegen die Vereinbarung zu ambulanten Operationen. «Ambulante Eingriffe sind nicht kostendeckend, aber wir müssen sie machen. Die Stationen rentieren nicht.»

Überhaupt, sagt Monika Rüegg Bless, müssen Prozesse op-

rum Alpstees sei in gutem Zustand, die Erweiterung des Bürgerheims wurde durch die Landsgemeinde genehmigt. Probleme bereite aber das Gebäude, welches die ambulante Versorgung und die KÜP beheimatet. Der Gesundheitsdienstleister Solviva erarbeitet gegenwärtig eine Machbarkeitsstudie, welche einen Neubau prüft. In diesen würde sich der Kanton unter anderem mit der KÜP einmieten können. Allerdings wäre dies erst ab 2027 der Fall.

Gemäss Markus Bittmann gehe der Trend in Richtung einer Bündelung der Spezialistinnen und Spezialisten. Überkantonale Lösungen und die Ostschweizer Zusammenarbeit seien gefragt und würden gegen-